

Zweite Neufassung

Vorlage für die Sitzung des Senats am 26.01.2021

„Kontaktpersonennachverfolgung in Bremerhaven“

(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Kontaktpersonennachverfolgung in Bremerhaven“

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Containment-Scouts (Köpfe und VZE) setzt das Bremerhavener Gesundheitsamt aktuell zur Kontaktpersonennachverfolgung ein und inwieweit ist ein weiterer Aufwuchs geplant?
2. Wie hat sich die Zahl der eingesetzten Containment-Scouts (VZE) pro 20.000 Einwohner in den Stadtgemeinden Bremerhaven und Bremen jeweils seit Beginn der Pandemie entwickelt?
3. Inwieweit entsprach und entspricht dies den Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts?

B. Lösung

Dem Senat wird folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Aktuell mit Stand vom 21.01.2021 setzt das Gesundheitsamt Bremerhaven 51 Containment-Scouts verteilt auf 29,92 Vollzeitstellen zur Kontaktpersonennachverfolgung ein. Derzeit ist kein weiterer Aufwuchs in Bremerhaven geplant.

Zu Frage 2:

Für Bremerhaven gibt es folgende Entwicklung:

Mit Wirkung zum 01.05.2020 wurden die ersten Containment-Scouts, 27 Personen mit 15,60 VZE entspricht 2,75 VZE pro 20.000 Einwohner*Innen (vorerst befristet bis zum 31.10.2020) eingestellt. Am 01.11.2020 wurde auf 32 Personen, das heißt auf 21,90 VZE aufgestockt, das entspricht 3,85 VZE pro 20.000 Einwohner*Innen. Am 01.01.2021 wurde auf 51 Personen das

heißt auf 29,92 VZE aufgestockt, das entspricht wiederum 5,26 VZE pro 20.000 Einwohner*Innen.

Für Bremen gibt es folgende Entwicklung:

Mit Wirkung vom 01.06.2020 wurden 70 Personen mit 35 VZE eingestellt, dies entspricht 1,23 VZE pro 20.000 Einwohner*Innen. Diese Anzahl wurde bis zum 20.01.2021 auf 211 Personen mit 127 VZE aufgestockt, dies entspricht 4,64 VZE pro 20.000 Einwohner*Innen.

Davon entstammen 15 Scouts dem RKI, die in der Katharinenpassage und Horner-Straße eingesetzt sind sowie 20 Soldaten der Bundeswehr, die in der Horner Straße zum Einsatz kommen.

Weitere Scouts von einer externen Firma sollen ihre Arbeit grundsätzlich mit der Einführung von Sormas aufnehmen. Hiermit kann nach derzeitigem Stand zum 27.01.2021 gerechnet werden. Übergangsweise sind seit dem 21.12.2020 vor Ort im GAB bereits 10 externe Scouts (VZE) im Einsatz. Weitere 20 Vollzeitkräfte sind ergänzend seit dem 15.01.2021 im GAB vor Ort. Nach Einführung von Sormas ist ab dem 27.01.2021 der vollständig externe Einsatz der Scouts im Umfang von 30 Personen geplant. Diese können im Laufe des Monats Januar je nach Bedarf auf 50 VZE aufgestockt werden.

Ein Ermittlungsrückstand in der Kontaktpersonennachverfolgung aus Zeit- oder Personalmangel besteht seit dem 28.12.2020 nicht mehr. Dennoch wird aktuell weiter Personal geschult bzw. aufgebaut und ggf. in „Bereitschaft“ gesetzt, um bei Bedarf innerhalb von 24 Stunden einsatzbereit zu sein.

Zu Frage 3:

Die Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts, 5 Containment-Scouts (VZE) pro 20 000 Einwohner*innen zur Kontaktpersonennachverfolgung in der Stadtgemeinde Bremerhaven einzusetzen, wurden bis Ende 2020 unterschritten und sind ab dem 01.01.2021 erfüllt.

Die Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts, 5 Containment-Scouts (VZE) pro 20.000 Einwohner*innen zur Kontaktpersonennachverfolgung in der Stadtgemeinde Bremen einzusetzen, wurden numerisch mit Stand zum 20.01.2021 nur knapp verfehlt.

In der Stadtgemeinde Bremen besteht allerdings seit dem 28.12.2021 eine 100% Kontaktpersonen-Nachverfolgung durch die eingesetzten Scouts. Siehe auch Antwort zu Frage 2.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle/Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Aus der Beantwortung ergeben sich keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Von den 51 eingesetzten Containment-Scouts sind 29 Frauen und 22 Männer; 0 Diverse.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Abstimmung mit Bremerhaven ist erfolgt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung geeignet.

G. Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz vom 25.01.2021 der Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.